

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüngenrön, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüngenrön, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinpaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gepaltene Zeile 30 Pfennige.

Tele.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

Nr. 131.

60. Jahrgang.
Sonntag, den 26. Juli

1913.

Im Handels-Register ist heute auf Blatt 218 für den Landbezirk (Firma: **Franz Lango** in **Schönheide**) eingetragen worden, daß der Kaufmann **Julius Otto Lango** in **Falkenstein** aus der Gesellschaft ausgeschieden, daß der Kaufmann **Hans Julius Lango** in **Falkenstein** als per-

sönlich haftender Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten und die diesem erteilte Prokura erloschen ist.
Eibenstock, den 14. Juli 1913.

Königliches Amtsgericht.

Die Türken in Bulgarien einmarschieren!

Was man vor etwa acht Tagen als eine Ausgeburt kühner Phantasie bezeichnet hätte, ist nun zur Tatsache geworden: Die Türken sind tatsächlich jetzt in bulgarisches Gebiet eingedrungen und haben es sich nicht mit der Wiederbesetzung von Adrianopel und Kirklisse genügen lassen. Dadurch sind nun natürlich die Balkanwirren in das dunkel kritischste Stadium getreten; denn nun müssen die Mächte notgedrungen einschreiten, da sonst die Russen auf eigene Faust vorgehen würden, was aber der Dreibund nicht zugeben kann. Heute wird gemeldet:

Sofia, 24. Juli. Die Türken haben die bulgarische Grenze nördlich von Adrianopel überschritten und, soviel man bis jetzt weiß, die Dörfer Konstantinowo, Urumbogli und Soudschak niedergebrannt. Ohne ein sofortiges energisches Eingreifen der Mächte besteht die Gefahr, daß sich die Mohammedaner des Kardschali-Gebirges erheben, um Südbulgarien zu verwüsten.

Sofia, 24. Juli. Die Situation wird immer schwieriger. Die türkischen Truppen stehen bereits in Aitbulgarien bei Kizil-Agatsch. Man befürchtet ihre Vereinigung mit den Griechen bei Strimonsa oder Philippopol, wenn nicht ein sofortiges Eingreifen Europas mit einer Flottendemonstration die nötige Wirkung ausübt. Die Stimmung ist hier höchst niedergeschlagen, zumal niemand weiß, womit man die südbulgarischen Flüchtlinge ernähren soll. Die Türken sollen auf ihrem Wege fengen und mordeten.

Sofia, 24. Juli. (Melbung des Wiener k. k. Teleg.-Korresp.-Büros.) Infolge der Nachrichten über das Vordringen der Türken in bulgarisches Gebiet wurden alle Gesandten der Großmächte ins Palais geladen, wo der König und der Minister des Aeußeren ihre Entrüstung über diese Verletzung des Völkerrrechts Ausdruck verliehen und um sofortiges Einschreiten der Großmächte baten.

Sofia, 24. Juli. Drei türkische Eskadronen sind in Kizil-Agatsch eingedrungen. — Rustapha Pascha ist in Brand gesteckt worden.

Die Mächte wollen diesem Vordringen der Türken zunächst mit einer Kollektion zu Leibe gehen, die aber jedenfalls wenig oder gar nichts fruchten wird, da die Türkei halbstarrig zu bleiben scheint.

Wien, 24. Juli. Die „Südslawische Korrespondenz“ meldet aus Konstantinopel: Informierte diplomatische Kreise zweifeln nicht daran, daß ein Kollektivschritt sämtlicher Großmächte bei der hohen Pforte unmittelbar bevorsteht. Die Pforte soll aufgefordert werden, ihre Truppen bis an die im Londoner Friedensvertrag vorgeschriebene Grenze zurückzuziehen, sowie Adrianopel zu räumen. Dieser Kollektivschritt soll sehr nachdrückliche Form haben und für den Fall, daß er erfolglos bleiben sollte, von einem zweiten gemeinsamen Schritt gefolgt sein, in dem der Türkei mit Zwangsmahnahmen Europas gedroht würde.

Petersburg, 24. Juli. Der Kollektivschritt der Großmächte in Konstantinopel soll morgen oder übermorgen erfolgen. Hitzig: Balkandiplomaten versichern, daß zwischen Griechenland und Serbien und der Türkei keinerlei Abmachungen gegen Bulgarien bestehen.

Wien, 24. Juli. Der bulgarische Gesandte am Wiener Hofe, Callabachew, hat heute dem hiesigen Auswärtigen Amte eine Verbalnote überreicht, in welcher Bulgaren gegen das völkerrechtswidrige Vorgehen der Türkei Einspruch erhebt, und Oesterreich-Ungarn eruchtet, sofort einzuschreiten. Ein gleicher Schritt Bulgariens ist auch bei den anderen Großmächten erfolgt.

Konstantinopel, 24. Juli. Wie verlautet, wird die Pforte das Verlangen Ghadziwew, daß die türkischen Truppen sich nach der von den Londoner Verhandlungen bestimmten Grenze zurückziehen sollen, dahin beantworten, daß Bulgarien kein Recht zu dieser

Forderung habe, weil jetzt die Londoner Friedensverhandlungen hinfällig geworden seien.

Konstantinopel, 24. Juli. Die Flotte übermittelte heute nach Sofia ihre Antwortnote, in welcher sie mit Bezug auf ihre letzte Birkularnote erklärt, daß sie sich zum gegenseitigen Schutze entschloß, die natürliche Grenze Maritza-Adrianopel wiederherzustellen.

Rußland, das seine Balkanschlünger jetzt so stark von dem alten türkischen Feinde bedroht sieht, will wahrscheinlich sofort mit gekanzelter Faust zwischen die Osmanen fahren:

Petersburg, 24. Juli. Aus Kutais wird gemeldet: Auf den kaukasischen Eisenbahnen werden täglich Militärszüge zur Grenze befördert. Fast das ganze in Tiflis und Kutais befindliche Militär ist an der Grenze. Auch aus Südosten werden die Truppen nach dem Kaukasus befördert. Infolge der vielen Militärszüge ist der Güterverkehr fast gänzlich eingestellt.

Petersburg, 24. Juli. Nach hier eingelangten Nachrichten ist die gesamte russische Schwarze Meeresflotte ausgelaufen.

Petersburg, 24. Juli. Zum Auslauf der Schwarzen Meeres-Flotte wird noch gemeldet, daß diese unter dem Befehl des Admirals Eberhardt Sebastopol verlassen hat. Man bringt diese Bewegung in Zusammenhang mit dem Einmarsch der Türken in Adrianopel.

Die Aussichten auf einen baldigen Frieden zwischen den übrigen Krieg führenden Staaten auf dem Balkan sind auch weiterhin günstig. Der Draht meldet:

Sofia, 24. Juli. Der König von Rumänien benachrichtigte König Ferdinand in einem höchlich abgefaßten Telegramm, daß Rumänien bereit sei, bei der serbischen und griechischen Regierung den sofortigen Abschluß des Waffenstillstandes zu beantragen.

Sofia, 24. Juli. Die Aussichten auf baldigen Friedensschluß haben sich sehr gebessert, und die Regierung hofft, daß der Waffenstillstand mit Serbien, Griechenland und Rumänien noch morgen zustande kommt und ebenso die Demobilisierung beschlossen wird, worauf in Sinaia die Präliminarfriedensverhandlungen mit allen Segnern gleichzeitig beginnen würden.

Deutsche in Hungersnot.

Der „Verein für das Deutschtum im Ausland“ veröffentlicht folgenden Aufruf:

Ein erschütternder Notruf dringt aus dem Innersten Deutschlands zu uns herüber: er klopft mit der Bitte um Hilfe an die Herzen des deutschen Volkes! Dort, wo seit Generationen im Odenburger Bezirk an den Hängen des Ural deutsche Bauern, dem Schwabenland, auch den Niederungen der Ober- und Weichsel entflammend, unter den schwierigsten Verhältnissen mit ähner Treue ihre Muttererde, der väterlichen Sitte und Art, ihren alten deutschen Glauben bewahren, folgt seit Jahren Miskerte auf Miskerte, bis das letzte eine völlige Fehlernte brachte. Staatliche Hilfe haben diese deutschen Bauern nicht erfahren. So sieht es denn in ihren Dörfern aus, als wäre die Kriegsfurie über sie hingebraust. Acker und Wiesen sind verdorrt, die Hausdächer abgedeckt, um Viehfutter aus ihrem Stroh zu gewinnen. In den Straßen und Höfen die Gerippe vor Hunger krepiert Tiere, in den Häusern kohlwange, abgekehrte Menschen, die buchstäblich vor dem Hungertode stehen, zahllose tüchtige Existenzen vernichtet! Hunderte von Briefen, deren Boden vor uns liegen, geben Zeugnis von dem furchtbaren Elend dieser wackeren deutschen Namens- und Glaubensgenossen. Die Kirchenbehörden, die sich um uns mit der Bitte um Hilfe gewandt haben, schreiben dazu:

„Erst die allerbitterste Not hat diese beispiellos ausdauernden und von einem unerschütterlichen Gottvertrauen erfüllten Leute zu diesem Schritt drängen können.“

Wäre es denkbar, daß dieser Notruf im deutschen Volke, das so oft sein warmes Herz für fremde Hilfe großmütig bewiesen, ungehört verhallt? Wir

hoffen und vertrauen, daß es in diesem Falle, wo es gilt, deutsche Brüder vor dem Hungerstode zu schützen, doppelt freudig und mit vollen Händen geben wird. Treue um Treue! — Aber Hilfe! Gut not!

Wir haben auf schnellstem Wege tausend Mark aus den Mitteln unseres Hauptvorstandes und weitere tausend Mark aus dem Ergebnis eines von unserer Frauengruppe Koblenz veranstalteten Rosenfestes hinausgeschickt. Jetzt bitten wir herzlich um weitere Spenden. Jede, auch die kleinste Gabe ist willkommen!

Sie sind zu richten an unsere Zentralkasse: Direktion der Disconto-Gesellschaft, Depositenkassa Berlin W. 62, Kleiststraße 23, für die notwendigen Deutschen in Rußland.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Prozeß in der Kruppangelegenheit. Wie nunmehr bestimmt verlautet, sind in dem Prozeß gegen die sieben Zeugenfiktoren in der Krupp-Angelegenheit, die sich am 31. Juli und folgende Tage vor dem Kriegsgericht der Berliner Kommandantur zu verantworten haben werden, etwa 500 Einzelfälle zu erörtern. Bei diesen muß, wie weiter mitgeteilt wird, die Öffentlichkeit im Interesse der Landesverteidigung ausgeschlossen werden. Es erscheint daher fraglich ob, da in den Prozeduren auf die Einzelfälle eingegangen werden muß, diese öffentlich sein werden. Auch ist es zweifelhaft, ob die vollständige Begründung des Urteils in öffentlicher Sitzung verkündet wird.

Keine Automobilsteuern in Sicht. Nach der Meldung eines Berliner Lokaltaltes sollten Erhebungen behufs Einführung einer Automobilsteuern in Preußen eingeleitet sein, zu welchem Zweck die Ministerien des Innern und der öffentlichen Arbeiten die Oberpräsidenten beauftragt haben sollen, entsprechende Ermittlungen vorzunehmen. Wie verlautet, dürfte diese Annahme nicht zutreffen. Die Erhebungen, mit denen die Oberpräsidenten vor einiger Zeit beauftragt wurden, verfolgen den Zweck, Material über die Klagen der Wegebaupflichtigen betreffs der Benutzung der Wege durch Automobile beizubringen und stehen mit Steuerplänen in keinem Zusammenhang.

Frankreich.

Französische Deputiertenkammer. Die französische Kammer hat einen Gesetzentwurf angenommen, durch welchen die am 5. Juli 1912 in London unterzeichnete internationale Funkentelegraphen-Konvention gebilligt wird. Ministerpräsident Barthou hatte am Mittwoch noch kurz vor Schluß der Sitzung unter Stellung der Vertrauensfrage die Begünstigung eines Zusatzantrages Jacquier und Javal gefordert. Am Donnerstag gleich zu Beginn der Sitzung ergriff der frühere Ministerpräsident Caillaux zu diesem Antrage das Wort und gab bei dieser Gelegenheit ein Bild der finanziellen Lage. Caillaux stellte fest, daß der Etat 1914 fast normal sein werde, aber vom nächsten Jahre ab werde der Unterschied zwischen den Einnahmen und den Ausgaben über achthundert Millionen betragen. Da das fiskalische System Frankreichs nicht genügend Geschmeidigkeit besitze, um derartigen finanziellen Schwierigkeiten zu begegnen, schlägt er vor, den Grundsatz der Einkommensteuer in den Etat aufzunehmen. Caillaux kritisierte weiter die von der Regierung gemachten Vorschläge, besonders die neue Erbschaftsteuer. Dumont verteidigt: So dann in längeren Ausführungen seinen Vermögenssteuerentwurf. Caillaux kritisierte noch einmal die Erbschaftsteuer, indem er das Ausland zum Vergleich heranzog und plaidierte für die Annahme der Einkommensteuer.

Französische Klagen über den Kampf gegen die Fremdenlegion. Einem Berichte aus der letzten Sitzung des Gemeinderates in Karlsruhe glaubt der „Matin“ zu entnehmen, daß die Bemühungen deutscher Kreise, den Eintritt unbesonnener